

MECKLENBURG-VORPOMMERN

– DER VORSITZENDE –

Vors. Richter am Landgericht Michael Mack
Landgericht Rostock • August-Bebel-Str. 15-20 • 18055 Rostock

Telefon: 0381 - 2412245
Mobil: 0176 - 64009022

E-Mail: mack@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

PRESSEERKLÄRUNG

Presseerklärung vom 05.05.2021

Richterbund mahnt weitere Schritte zur Steigerung der Attraktivität der Arbeit in der Justiz an

Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die Verbesserungen der Besoldung für junge Richter und Staatsanwälte als Schritt in die richtige Richtung. Die im heute beschlossenen Besoldungsneuregelungsgesetz angedachte Streichung der untersten Erfahrungsstufe genügt allerdings bei Weitem nicht, um die Attraktivität der Arbeit in der Justiz nachhaltig zu verbessern. Es verbleibt dabei, dass die Besoldung der Richter und Staatsanwälte in Mecklenburg-Vorpommern im Wesentlichen unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern bestehen zu können, muss eine bundeseinheitliche Besoldung angestrebt werden.

Die aktuelle Besoldungspolitik ist kurzsichtig und gefährdet die hohe Qualität der Justiz. Richter und Staatsanwälte sind als Angehörige der dritten Staatsgewalt elementar für das Funktionieren der Gesellschaft und die Wahrung des Rechtsstaates. Es ist zudem allgemein anerkannt, dass die Justiz zusammen mit dem Rechtssystem Garant für den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland ist.

Um die Qualität der Rechtsprechung in unserem Land zu erhalten, sind daher dringend weitere Schritte erforderlich. Anderenfalls droht Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb um die besten Nachwuchsjuristen den Anschluss zu verlieren.

Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern ist ein Landesverband des Deutschen Richterbundes (DRB). Der Deutsche Richterbund ist der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland. 25 Landes- und Fachverbände mit rund 17.000 Mitgliedern vereinigen sich unter seinem Dach. Der Deutsche Richterbund vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit.